

Annoncen-Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Exposition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei E. J. Krieger & Co.
Breitestr. 20,
in Grätz bei J. Krieger,
in Referat bei H. Mattheis,
in Breschen bei J. J. J. J.

Annoncen-Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei E. J. Krieger & Co.,
Hafenstr. 10, 11,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Stettin
beim „Invalidenbank“.

Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Nr. 406.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Mittwoch, 13. Juni.

Informations 20 Pf. die sechsgehaltene Beilage oder deren
Raum, Zeilenverhältnisses höher, sind an die
Exposition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Da die Parlamentsberichte heute einen ausnahmeweise großen
Raum in Anspruch nehmen, werden wir die amtlichen Nachrichten
und die Gewinnliste der Igl. Klassen-Lotterie in einem erweiterten
Abendblatt zur Veröffentlichung bringen.

Deutscher Reichstag.

102. Sitzung.

Berlin, 12. Juni. Am Tisch des Bundesraths: v. Bötticher,
Burchard, Brunsart v. Schellendorff, v. Caprivi,
v. Schelling, Dr. Stephan.

Präsident v. Leseow eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr.
Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Abg. v. Köller: Dem Herrn Präsidenten ist von Seiten einer
am 4. d. M. stattgehabten Versammlung von Kaufleuten eine Re-
solutionszettel zugegangen, in welcher gegen eine angeblich von mir gemachte
Aussage, welche den Handelsstand beleidigen soll, protestiert wird.
Ich habe diese Aussage thatsächlich nicht gethan, und die Herren
haben keine Veranlassung, gegen mich unangelegentlich zu sein, sondern viel-
mehr gegen den Berichtsfasser der „Kölnischen Zeitung“, der diesem
Blatte einen durchaus falschen Bericht eingesandt hat.

Der Gesandtschaftsbericht betreffend die Konsulargerichtsbar-
keit in Tunis wird ohne Debatte in erster und zweiter Lesung
angenommen.

Die Wahl des Abg. Tüchters (6. Trier) wird nach dem
Antrag der Wahlprüfungscommission beanstandet.

Eine Reihe von Petitionen wird als zur Erörterung im
Plenum für ungeeignet erklärt.

Der Nachtragsetat pro 1883/84 (1,050,000 M. erste Baubate für
das Reichstagsgebäude) wird in dritter Lesung definitiv genehmigt und
folgende Resolution angenommen:

I. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,
unter Mitwirkung der Parlaments-Baucommission den Bau des
neuen Reichstagsgebäudes bei möglichst Festhaltung der Grund-
züge des von dem Architekten Wallot entworfenen Planes zur
Ausführung zu bringen.

II. Der Reichstag erklärt sich damit einverstanden, daß auf eine
Lieferung des Sitzungssaales Bedacht genommen werde.

Es folgt die dritte Verlesung des Etats pro 1884/85.
In der Generaldebatte nimmt zunächst das Wort

Abg. Mayer (Württemberg), um das Unzumutbare der früh-
zeitigen Staatsberatung nochmals zu konstatieren und zu erklären, daß
die Volkspartei, getreu der Erklärung, die Abg. Mayer in der ersten
Lesung abgegeben, gegen den Etat stimmen werde.

Abg. Langwerth von Simmern spricht sich in ähnlichem
Sinne aus.

Abg. Gasencleaver: Wir haben die Ueberzeugung, daß die
Regierung den Reichstag gar nicht zusammenberufen würde, wenn sie
nicht von dessen Geldbewilligungsrecht abhängig wäre. An dem Zu-
standekommen des Unfallversicherungsgesetzes dürfte der Regierung we-
niger gelegen sein, das kann auch später noch berathen werden. Wir
sind aber überzeugt, daß der Reichstag im nächsten Jahre einberufen
werden wird, denn es muß ja die Verlängerung des Sozialistengesetzes
ausgesprochen werden. (Heiterkeit) Die sozialdemokratische Partei
stimmt gegen den ganzen Etat, weil sie zu der Regierung kein Ver-
trauen hat. Im Uebrigen sind wir der Meinung, daß alle Parteien
ein gleiches Interesse daran haben, daß der Reichstag nicht auseinander-
geht, ohne daß vorher der Antrag Kayser wegen der Verfolgung
der Beamten, welche unsere Kollegen in Kiel verhaftet haben, noch
vorher zur Verlesung gekommen ist.

Staatssekretär v. Bötticher: Die verbündeten Regierungen
bedauern, daß es nicht möglich gewesen ist, in dieser Session mit der
Kommission für das Unfallversicherungsgesetz eine Einigung herbeizu-
führen, und sie werden nunmehr beim Wiederausbruch des Reichs-
tages einen neuen Entwurf vorlegen. Zu diesem Zwecke ist die jetzige
Berathung des Etats notwendig gewesen, und die verbündeten Re-
gierungen wissen es dem Hause Dank, daß es sich mit Eifer der Staats-
beratung hingegen hat. Es hat sich auch gezeigt, daß die Fest-
stellung des Etats um diese Zeit sehr gut möglich ist. (Lebhafter
Widerspruch links.)

Abg. Richter: Die letzte Bemerkung des Herrn v. Bötticher
wird am besten illustriert durch die verschiedenen Ansätze über die Re-
sultate der Verhandlungen in dem im Winter abgeleiteten und in dem jetzt
berathenen Etat. Die jetzige Staatsberatung hat voraussichtlich das
Projekt der zweijährigen Etatsperiode und der vorzeitigen Vorlegung
des Etats für immer zu Grabe getragen. Vor wenigen Tagen haben
Sie von dem nun verstorbenen Platte das Wort gehört, daß mit vor-
zeitigen Staatsberatungen auch nicht ein Tag für die Verlesung der
sozial-politischen Vorlagen gewonnen worden ist, und es ist ein im
höchsten Grade beklagenswerthes Ereignis, daß heute dieser Mann sein
Mandat niedergelegt hat. Nicht das kirchenpolitische Gesetz allein,
sondern die traurige Gesamtlage des Vaterlandes, die Herrn v. Ben-
nigsen am Besten zum Bewusstsein kam, als er mit seinem Wunsche,
die jetzige Staatsberatung ausgesetzt zu sehen, nicht durchdrang, haben
ihn zur Resignation veranlaßt. Diese Lage hat für einen Patrioten,
wie Herr v. Bennigsen ist, keinen Raum mehr, und welcher Partei
wir auch angehören mögen, wir Alle müssen diesen Vorgang beklagen.

Die Kommission für das Unfallversicherungsgesetz hat eine Re-
solutionszettel angenommen, gegen die wir Protest erheben. Glauben Sie denn
wirklich, daß Sie berechtigt sind, das in letzter Stunde zusammenge-
stoppelte Resultat der Kommission als die Meinung des Hauses anzu-
sehen? (Sehr richtig! links.) Es hat nicht einmal eine regelrechte
Diskussion, nicht einmal eine Gesamtbesprechung in der Kommission
stattgefunden, so daß man nicht einmal das Recht hat, die Resolution
auch nur als einen Ausfluß der Meinungen der in der Kommission ver-
tretenen Parteien anzusehen. Ich würde mich freuen, wenn die Herren
Gelegenheit hätten, diese Resolution vor uns zu vertreten. Der Etat
wird heute angenommen werden und wir werden im Herbst eine neue
Unfallversicherungsvorlage bekommen. Ich hoffe, daß diese nicht beru-
hen wird auf der Grundlage der Resolution der Kommission. (Beifall
links.)

Staatssekretär v. Bötticher: Der Protest des Herrn Richter
ist ganz unnötig gewesen, denn ich habe nicht erklärt, daß die Re-
gierung die Resolution der Kommission als Grundlage der neuen Vorlage

betrachten wird, sondern nur, daß sie dieselbe sorgsamst in Erwägung
ziehen wird. (Bravo und Heiterkeit rechts.)

Direktor im Reichsschatzamt Aschenborn führt aus, daß die
vorzeitige Staatsberatung durchaus nicht unzumutbar sei und daß
durch die vom Hause vorgenommenen Abstriche am Etat nur insofern
eine vorläufige Erleichterung für die Steuerzahler herbeigeführt werde,
als diese Abstriche sich auf fakultative Ausgaben beziehen, darüber hin-
aus ist dies nicht der Fall; denn dadurch wird der Etat für das nächste
Jahr um so mehr belastet.

Abg. Dr. Windthorst wünscht gleichfalls, daß der Antrag
Kayser noch im Plenum beraten werde, zumal der Bericht der
Kommission, der das Verfahren der Behörden tadelnd, bereits vorliegt.
Die Resolution der Unfallgesetzkommision ist ein Kind des Herrn
Richter und es ist wunderbar, daß der Vater sein Kind nicht an-
erkennen will. Was die Verlesung des Etats anbelangt, so haben
wir wiederholt erklärt, daß die Regierung dazu berechtigt sei und
wir einen Widerstand daher nicht leisten konnten. Die Vorgänge
in der Budgetkommission lassen es allerdings wünschenswerth er-
scheinen, daß sich die vorzeitige Vorlegung des Etats nicht wieder-
hole. Was die Resignation Bennigsen betrifft, so glaube ich nicht,
daß die Gründe, die Herr Richter angeführt, dafür maßgebend gewesen
sind, denn Bennigsen war zu viel Ehrenmann, um das Vaterland
in Gefahr zu verlassen. (Bravo!) Sein Rücktritt ist erfolgt, weil
er einfach, daß er in kirchenpolitischer Hinsicht früher auf dem falschen
Wege war.

Abg. v. Benda: Ich danke Herrn Richter für das Lob, das er
unserem ausgeschiedenen Führer in so warmen Worten nachgerufen
hat. Ich enthalte mich heute einer Beurtheilung über die Gründe,
die Herrn von Bennigsen veranlaßt haben, sein Mandat niederzulegen
und warne Sie den darüber zirkulirenden Gerüchten zu trauen. Wir
aber werden fortfahren im Geiste des verehrten Freundes weiter zu
wirken. (Bravo!)

Abg. Richter (Hagen): Wenn ich an den Antrag Kayser ge-
dacht hätte, so hätte ich beantragt, ihn auf die Tagesordnung zu
stellen. Aber ich glaube, die sozialdemokratischen Abgeordneten haben
auch den Antrag vergessen, wenigstens haben sie ihn bei den Debatten
zur Geschäftsordnung nicht erwähnt. — Was nun die Resolution der
Unfallgesetzkommision betrifft, so wäre es doch wohl besser gewesen,
wenn der Antrag Richter i. Z. angenommen worden wäre. Nachdem
von Seiten der Regierung erklärt worden ist, daß sie der Resolution
eine Bedeutung nicht beimißt, so hat sie auch für mich keine Bedeu-
tung. Wozu haben sich denn die Herren so geplagt, die Sache fertig
zu stellen; was wir an Zeit gewonnen haben, hat der Etat an Rich-
tigkeit eingebüßt. Aus den Worten des Herrn Direktor Aschenborn
kann man den Schluß ziehen, daß die Budgetkommission mehr von der
Finanzpolitik verkehrt, als die Regierung. Das wollte Herr Aschen-
born wohl nicht sagen. Mit ihm über die Grundlagen der Staats-
politik zu debattieren, halte ich für überflüssig, nachdem er erklärt hat,
daß es unannehmlich sei, wenn in einem Jahre mehr gefordert sei, weil
dadurch im nächsten Etat weniger gefordert würde. Was die Resignation
des Herrn v. Bennigsen betrifft, so kann ich sie nicht als einen
Trauerfall, wie Herr Richter, bezeichnen. So sentimental bin ich nicht.
Herr v. Bennigsen hat gethan, was er thun mußte, und wenn jemand
das Rechte thut, so ist das kein Trauerfall. Er hat eingesehen, daß
ein weiteres erfolgloses Zusammenwirken mit dem Kaiser un-
möglich ist. Eine öffentliche Erklärung darüber wäre sehr er-
wünscht. Die Situation ist aber nicht ganz ohne sein Ver schulden
so geworden, die Partei ist so geführt worden, daß sie bald über
ihnen hinausgehen mußte. Für mich war es lange klar, daß er die
äußerste Linke seiner Partei bildete und das war für mich der Grund,
daß ich nicht wollte, daß meine Partei im Landtag mit den National-
liberalen gemeinsame Sache machte. Hätte Herr v. Bennigsen nicht
die Verhandlungen der Budgetkommission so fortgesetzt, so hätten wir jetzt
den Etat nicht zu beraten brauchen. Daß er jetzt gegangen ist, be-
weist, daß er einfach, daß die Zeit des Kompromittirens vorbei ist.
Jede Zeit verlangt andere Männer. Entweder man geht mit dem
Fürsten Bismarck durch Dick und Dünn, oder man befindet sich in
entschiedener Opposition zu ihm; was dazwischen liegt, das ist vom
Uebel. Deshalb möchte ich Herrn v. Benda bitten, nicht in demselben
Geist, wie Herr v. Bennigsen, die Partei weiterzuführen, sonst wird
bald nichts mehr davon übrig bleiben. (Heiterkeit.)

Abg. Frh. v. Frankenstein: Die Kommission hat sich mit
Eifer der Verlesung des Unfallgesetzes gewidmet und ist zu der An-
sicht gelangt, daß ein Resultat in der Kommission nicht zu erzielen sei.
Sie hat beschlossen, dem Hause mitzutheilen, daß sie die Vorlage nicht
empfehlen könne. Zugleich wählte sie eine Subkommission, welche eine
Resolution beschloß, über deren einzelne Sätze abgestimmt worden ist.
Nachdem so abgestimmt war, wurde der Antrag, über die ganze Re-
solutionszettel abzustimmen, abgelehnt. Auch ein Antrag, schriftlichen
Bericht an das Haus zu erstatten, ist abgelehnt worden. Also was so
scharf kritisiert wurde, ist aus dem Wunsche der Mehrheit hervorgegan-
gen, daß dem Hause ein Entwurf zugehe, der Aussicht hat, angenommen
zu werden. (Bravo! im Centrum.)

Direktor Aschenborn erklärt, daß er von dem Abg. Richter
(Hagen) in seiner Erwiderung auf die Ausführungen des Abg. Richter
mißverstanden worden sei.

Abg. Gasencleaver: Wenn wir den vorliegenden Kommissions-
bericht über den Antrag Kayser so verwerthen wollten, daß wir ihn
abdrucken und vertreiben, so würde er auf Grund des Sozialistenge-
setzes, wie die Abdrücke der Stenogramme unserer Reden, verboten
werden. Wenn das Unfallgesetz stets mit Sozialistengesetz zusammen-
genommen wird, so geschieht es nicht zufällig; schon in der kaiserlichen
Botchaft ist dies ausgesprochen. Man beweist damit nichts anderes,
als daß man sich gedungen fühlte, durch ein Gesetz den verderblichen
Folgen des Sozialistengesetzes entgegenzutreten.

Die Generaldebatte wird darauf geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. Ebert, daß die Einladungen zu der heutigen Sitzung der
Kommission für das Unfallversicherungsgesetz erst heute früh ergangen
sind, so daß es nicht allen Mitgliedern der Kommission möglich ge-
wesen sei, der Sitzung beizumohnen. (Hört! hört! links.)

In der Spezialdiskussion, beim Etat des Reichsamts des Innern,
erinnert

Abg. Liebknecht daran, daß die Resolution des Reichstages,
daß Wahlversammlungen, in denen Sozialdemokraten sprechen, nicht
aufgelöst werden dürfen, von der Polizei unbeachtet bleibe. In
Hamburg haben sich die Sozialdemokraten an alle Instanzen gewandt,
um eine Wahlversammlung abhalten zu können, sind aber von den

Instanzen abschlägig beschieden worden. Eine Beschwerde an den
Senat ist unberücksichtigt geblieben. Selbst von den obersten Behörden
der Bundesstaaten werden also die Beschlüsse des Reichstages nicht
mehr beachtet und an ihm ist es, dagegen zu protestieren. Es scheint,
als ob ein System darin liege, den Reichstag verächtlich zu machen.
(Der Vizepräsident von Frankenstein rethorisiert den Redner wegen dieser
Worte). Herr von Bennigsen ist gegangen, weil er gesehen hat, wie
man bemüht ist, das Ansehen des Reichstages zu schmälern und es ist
kein Zufall, daß jetzt auch Dr. Lasker, der auch für parlamentarische
Regiment eingetreten ist, sich nach Amerika eingeschifft hat. Der gegen-
wärtige Reichstag hat den Parlamentarismus begraben.

Abg. Richter (Hagen): Die Verlesung der Erlaubnis zur Ver-
sammlung in Hamburg ist auf Grund des Sozialistengesetzes erfolgt,
ob in richtiger Auslegung des Gesetzes, vermag ich nicht zu beurtheilen.
Ich beklage aber, daß die Sozialisten keine Versammlungsfreiheit haben,
denn dieser Mangel schadet der Fortschrittspartei weit mehr, als den
Sozialisten. Darum bin ich gegen das Sozialistengesetz gewesen, weil
es uns hindert, die Sozialdemokraten offen zu bekämpfen; in Hamburg
aber haben die Sozialisten keinen Anlaß, sich über die Polizei zu be-
klagen, denn die Sozialdemokraten haben sich redlich bemüht, jede
andere Versammlung zu sprengen, und wenn Bebel in Hamburg ge-
wählt wird, wird die Wahlprüfungscommission zu unteruchen haben,
ob die Wahl nicht wegen solcher Sprengungen zu fassen ist.

Abg. Liebknecht bestritt, daß die Sozialdemokraten das Ver-
sammlungsrecht mißbrauchen.

Beim Etat des Reichsheeres befragt sich

Abg. Kayser (Sozialdemokrat) darüber, daß es in Sachsen den
Soldaten verboten sei, in Schänken zu verkehren in denen Sozial-
demokraten verkehren.

Oberst von der Planitz erklärt, daß die Militärverwaltung auf
diesem Verbot im Interesse der Disziplin bestehen müsse.

Beim Etat des Reichsjustizamts fragt

Abg. Ebert, nach dem Stande der Vorarbeiten für das bürger-
liche Gesetzbuch.

Staatssekretär v. Schelling erklärt, daß allerdings durch das
Ausscheiden Windscheid's aus der Kommission eine Lücke entstanden
sei, daß die Kommission jedoch rüftig weiter arbeite.

Beim Etat des Reichsinvalidenfonds bringt

Abg. Grad das Mißverhältnis in den Pensionen derjenigen el-
fährigen Invaliden, die für Frankreich und derjenigen, die für Deutsch-
land optirt haben, zur Sprache und bittet um Beseitigung der Dis-
parität.

Geb. Rath Schulz erklärt, daß bei Berücksichtigung dieses
Wunsches eine noch bedenklichere Disparität zwischen den elfährigen
und den anderen deutschen Invaliden bewirkt würde.

Beim Etat des Reichspostamts beantragt

Abg. Frh. von Beaulieu-Marconnay zur Herstellung
eines Dienstgebäudes in Leer als erste Rate 90,850 Mark zu bewilligen.

Nachdem die Abgg. von Pletten und von Kardorff ge-
beten, an den Beschlüssen zweiter Lesung nichts zu ändern, wird der
Antrag abgelehnt.

Die übrigen Etats und das Staatsgesetz werden ohne Debatte ge-
nehmigt; ebenso der ganze Etat, gegen den nur die Sozialdemokraten,
die Volkspartei und der Abg. Langwerth von Simmern stimmen.

Die Resolution des Abg. Linseng's:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf Bedacht zu nehmen:

A. daß an Sonn- und Festtagen nur Briefe, Postkarten und mittelst
Postdebit zu beziehende Zeitungen anzunehmen, zu besördern, aus-
zugeben und zu bestellen,

dagegen Waarenproben, Drucksachen, Pakete, Geld- und Werth-
sendungen — insofern solche nicht als durch Eilboten zu bestellende
aufgegeben werden — vom Dienste auszuschließen seien;

B. daß an Sonn- und Festtagen Telegramme mit einem Aufschlage
von 20 Pfennigen zu belegen seien,

wird im ersten Theile mit 127 gegen 82 Stimmen angenommen. Da-
für stimmen außer den Konservativen und dem Centrum die Abgg.
Dr. Kie, Dr. Papellier, Dr. Dobm und die Sozialdemokraten. Der
zweite Theil wird mit 111 gegen 101 Stimmen abgelehnt.

Ohne Abstimmung paßirt das Anleihegesetz und auf Vorschlag des
Abg. Windthorst die dritte Verlesung des Gesetzes über die Kon-
sulargerichtsbarkeit in Tunis.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident giebt darauf eine Uebersicht über die in der ab-
gelaufenen Session vom Reichstage erledigten Geschäfte. Danach ha-
ben 102 Plenarsitzungen und 327 Kommissionsitzungen stattgefunden.

In der Session, die vom 27. April 1882 bis zum 12. Juni 1883
währte, sind 21 Gesetzentwürfe, zwei kaiserliche Verordnungen, zwei
Beschlüsse des Bundesraths und zwei Anträge auf Einleitung des
Strafverfahrens gegen Mitglieder des Hauses erledigt worden. Davon
sind 15 Gesetzentwürfe, die Verordnungen und ein Beschluß erledigt
worden. Von den 11 Interpellationen, die aus dem Hause an die Re-
gierungen gerichtet worden sind, sind sämtliche erledigt worden und
bis auf eine von den Regierungen beantwortet worden. 3167 Petiti-
onen sind an das Haus gelangt und für die Ueberschneidenden sind
1,692,474 Mark beim Präsidium eingelaufen.

Abg. v. Bodum-Dollf's: Da unser verehrter Alterspräsident,
Abg. Graf Moltke, nicht anwesend, so habe ich, als der Nächstälteste,
das Wort erbeten, und ich glaube in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn
ich dem Herrn Präsidenten für seine unschätzbare und anparteiische Lei-
tung der Geschäfte den aufrichtigsten und wärmsten Dank ausspreche.
(Bravo! auf allen Seiten des Hauses.) Ich bitte Sie, meine Herren,
sich zum Zeichen der Verehrung für den Präsidenten, von ihren Plätzen
zu erheben. (Lebhafter Beifall. Die Mitglieder des Hauses erheben
sich von ihren Plätzen.)

Präsident von Leseow: Die Worte, die eben gesprochen
worden sind und deren freundliche Aufnahme sind ein neues erfreuliches
Zeichen des Wohlwollens, mit dem Sie mich stets begleitet haben.
Wie sehr ich dessen bedürftig war, habe ich allzu oft Gelegenheit ge-
habt, zu empfinden. Ich habe mich bemüht, alles schlicht und recht
zu machen. Es ist mir leider nicht immer gelungen. Ich darf aber
sagen, der Eindruck, den ich aus dieser mühseligen Zeit mitnehme, ist
derart, daß ein meminisse juvenit nicht fehlen wird. Die große Be-
reitschaft der Vizepräsidenten, der Schriftführer und Quästoren, die
mich so freundlich unterstützt haben, erkenne ich dankend an. Ich hoffe,
daß der geschäftliche Verkehr Beziehungen für das ganze Leben gebil-
det haben wird. Ich bin Ihnen, meine Herren sehr erkenntlich, und
spreche Ihnen meinen herzlichsten Dank aus. (Bravo!)

Staatssekretär v. Bötticher: Ich habe die Ehre, dem hohen Hause eine kaiserliche Botschaft zu verlesen. Dieselbe lautet: Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, etc. thun kund und fügen zu wissen, daß wir Unseren Staatssekretär des Innern ermächtigt haben, die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstages am 12. Juni zu schließen.

Auf Grund dieser Ermächtigung erkläre ich die 2. Session der fünften Legislaturperiode für geschlossen.

Präsident von Loezow: Nach den langen parlamentarischen Kämpfen, in denen der Gegensatz der Ansichten oft zu scharf hervorgetreten ist, habe ich nicht nur den Vorzug des letzten Wortes, sondern auch eines Wortes, das auf alle versöhnend wirken wird: Macte senex imperator! Se. Majestät, der Deutsche Kaiser, er lebe hoch, abermals hoch und nochmals hoch!

Die Mitglieder des Hauses stimmen begeistert in diesen Ruf ein. Präsident von Loezow: Die Sitzung ist geschlossen. Schluß 5 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
80. Sitzung.

Berlin, 12. Juni. Am Ministertisch: von Puttkamer, v. Götter.

Die Tribünen sind überfüllt.

Präsident von Köller eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr mit der Mitteilung, daß der Abg. v. Bennigsen sein Mandat niedergelegt hat.

Die Generaldiskussion der kirchenpolitischen Novelle wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Windthorst: Ich ergreife heute das Wort, um Mißverständnissen vorzubeugen und muß deshalb auf die geistige Rede des Herrn v. Bötticher zurückgreifen. Der geehrte Herr scheint sich immer noch nicht von der Ansicht, daß Kirche und Geistlichkeit Feinde des Staates seien, denen man stets Fesseln anlegen darf, befreien zu können. Ich aber glaube, daß die Kirche Jahrhunderte hindurch keineswegs eine dem Staate feindliche Macht, sondern Stütze jeder Autorität gewesen ist, und daß sie es auch jetzt ist, beweist unsere Zeit. (Hört! Hört!) Gehen Sie nach England und die Staatsmänner werden Ihnen sagen, daß der heilige Stuhl es gewesen ist, der in der Bewegung in Irland einen Stillstand geboten hat und auch Rußland hat sich durch die Noth gezwungen gesehen, die kirchlichen Verhältnisse zu ordnen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Will man bei uns etwa erst irische oder russische Zustände herbeiführen, um den Werth der Kirche kennen zu lernen? Ich bemerke den Mangel an Einsicht und Weisheit, der sich in solchen Ansichten kund thut. (Sehr gut! im Zentrum.) Glaubt man denn, die Repressionsmaßregeln noch verstärken zu können, will man für jeden Geistlichen einen besonderen Koder des Polizeigesetzes schaffen? Die bestehenden Gegensätze können nicht durch staatliche Mittel, sondern nur auf dem Gebiet der Wissenschaft ausgeglichen werden. Mit kriminalistischen Kunststücken werden Sie nichts erreichen. Wir werden gegen die Repressionsmaßregeln so reagieren, wie bisher; Sie werden uns nicht mundtot machen, wir werden die Freiheit der Kirche mit unserem Herzblut verteidigen. (Sehr gut! im Zentrum.) Was den Grafen Limburg betrifft, so weiß ich, daß es seinem Herzen lange Bedürfnis gewesen ist, den Streit beizulegen. Dafür sage ich ihm Dank, sein Standpunkt ist zwar noch nicht ganz der richtige, doch wird er mit gutem Willen schon weiter kommen. Ich interpretiere seine geistige Rede auch nicht nach dem Wortlaut, denn sonst wäre ja alle Mühe umsonst und wir würden uns nicht vereinen können. Herr Richter, dessen Vortrag ich mit der größten Aufmerksamkeit gefolgt bin, hat seine Rede in zwei Theilen dargeboten. Im ersten Theile hat er sich mit unserer Stellung überhaupt beschäftigt. Ich habe ihm schon oft darauf erwidert, und sage ihm auch heute, daß wir nur nach sachlichen Gesichtspunkten unsere Beschlüsse fassen, nie die Volksrechte in einem Punkte verleugnen, stets dem Recht und der Freiheit dienen, ohne zu vergessen, was einem geordneten Staatswesen Noth ist. Es war mir sehr interessant, daß Herr Richter mehr als irgend ein anderer von jener Seite die Erfordernisse der Freiheit kennt. Ich wünsche ihm, daß er seine Grundzüge weiterbildet und daß er nicht einst, wie augenblicklich ein anderer bedeutender Führer des Hauses, ohne Arme dastehe. In der Rede des Ministers habe ich eine erneute Manifestation des friedlichen Sinnes der Regierung, der in der Vorlage keinen Ausdruck gefunden hat, gesehen. Offenlich wird er den Worten die That zugesellen. Ich bedauere, daß der Minister gesagt hat, ich habe mich gestern in Widerspruch gesetzt zu meinen Worten am 25. April. Damit habe ich keineswegs einseitige legislative Akte provozieren wollen und niemals werde ich einem Geetze, das in die Rechte des Papstes eingreift, meine Zustimmung geben. (Bravo! im Zentrum.) Ich habe leider beim Minister eine blinde Erklärung vermisst über die Ziele der Regierung und dieser Frage und mit welchen Mitteln sie diese zu erreichen hofft. Ich will meine Fragen nicht nochmals wiederholen, weil ich nicht annehme, daß von gestern zu heute weitere Begebnisse zu Erklärungen dem Minister gegeben worden sind. In der Kommission werde ich allerdings den Minister nochmals interpellieren, da von seiner Antwort unsere ganze Stellung abhängig ist. Ich hätte diese Bemerkungen nicht gemacht, wenn ich nicht gewünscht hätte, zu vermeiden, daß im Lande der Glaube erweckt würde, daß mir die geistige Erklärung des Ministers genügt. Ich erkläre, sie genügt mir nicht. (Heiterkeit.) Damit bin ich wieder beim Grafen Limburg, der Unrecht hatte, zu behaupten, daß mit der Revision eines Punktes die ganze Revision gegeben werde. Ich bedaure übrigens, daß die Reihenfolge der Rednerliste mich zum Worte gerufen hat, bevor Herr v. Cunn gesprochen hat; Entgegenkommen erwarte ich von ihm nicht. (Abg. v. Cunn: Sehr richtig!) Damit bestätigt der verehrte Herr nur die Mittheilungen, daß er zu denen gehört, die den friedlichen Bestrebungen des Herrn v. Bennigsen gegenüberstehen. Mögen die Nationalliberalen doch endlich begreifen, daß sie die Nation nicht mehr entwürdigen, als wenn sie einen Theil derselben in unwürdige geistige Knechtschaft bringen wollen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Birchow: Es war wohl nicht Zufall, sondern durch freundliche Vermittelung bewirkt, daß Herr Windthorst jetzt das Wort erhalten hat. Wenn er sich uns gegenüber als Repräsentant der Freiheit gerirt hat, so können wir ihm dieses nicht zugehen. Wir wissen ja, daß das Zentrum zum Theil aus alten Freiheitskämpfern besteht, aber wir haben Herrn Windthorst nie dazu gerechnet und wenn es sich um die Herstellung eines freien deutschen Reiches handelte, so waren die Hoffnungen der Nation nie auf ihn gerichtet. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Herr Windthorst weiß den Wind aufzufangen, ob er liberal oder reaktionär weht, und segelt fröhlich darauf los, aber sein Fahrzeug ist nicht das, auf dem sich die deutsche Nation bewegt. Es ist schwer, mit dem Zentrum über Freiheit zu disputieren. Es ist ja wahr, daß religiöse und politische Freiheit nur nebeneinander gedeihen können, aber man muß die religiöse Freiheit nicht als die des Papstes konstruieren. (Bewegung im Zentrum.) Sie müssen thun, was er will. Was aber ein „Nein“ für die Freiheit bedeutet, ist mir noch nicht aufgegangen. (Abg. Reichensperger (Krefeld): Ihre Freiheit!) Ja, Herr Reichensperger, unsere Freiheit ist die der individuellen Forschung; dieses Recht fordern wir für jeden Einzelnen. (Rufen im Zentrum.) Ja, wissen Sie denn nicht, daß die ganze Bewegung mit dem Vatikanum anhebt? Ich habe hier die Antrittsrede des früheren Ministers Falt (Aha! im Zentrum) — nun, meine Herren, es muß doch einmal für den Fürsten Bismarck ein Grund vorhanden gewesen sein, Herrn Dr. Falt zum Minister zu berufen, und in dieser Antrittsrede ist gesagt, daß durch das vatikanische Konzil die Stellung der Geistlichen zum Papst eine andere geworden sei und damit auch der Staat zu einer Aenderung seiner Stellung gezwungen ist. Sie (zum Zentrum) fühlen sich frei in dem, was die Kirche Ihnen vorschreibt, darin

steht der unverwundliche Gegensatz zwischen den beiden Kirchen. Sie sehen in dem System der Hierarchie eine Spezialanordnung Gottes. Bei diesen Anschauungen müssen wir ein Kompromiß finden, das uns gestattet, politisch nebeneinander zu existieren. Sie dürfen nicht verlangen, daß die Gesetzgebung des Staates abhängig vom Papst geführt werde und wenn Sie sagen, daß dort die Grenze für die Gesetzgebung des Staates ist, wo die Domäne des Staates beginnt, so genießt der Papst allein Freiheit. — Wir stehen mit Ihnen darin zusammen, daß in dem gegenwärtigen Nothstand eine Lösung gefunden werden muß und ich freue mich, daß die Regierung den von mir vorgeschlagenen Weg betreten hat. Ich stimme Herrn Windthorst darin bei, daß es drückend ist, darüber zu berathen, wo wir über die Gesamtaufassung der Regierung nichts erfahren haben, denn was der Minister gesagt hat, ist sehr wenig befriedigend. Man konnte aus seinen Ausführungen herauslesen, daß damit das letzte Zugeständnis gemacht worden ist. Wir sind um so mehr berechtigt, dies zu glauben, als die Regierung sich in der letzten Zeit in der kirchenpolitischen Frage in sehr schwankender Haltung befunden hat. Es ist in der ganzen Geschichte noch nie vorgekommen, daß eine Regierung eine solche Stellung zum Papstthum eingenommen hat. Wenn die Regierung mit ihrer Stellung momentan Erfolge erzielen wollte, so hat sie ihren Zweck erreicht. Denn wenn Herr Windthorst auch sagt, daß nur objektive Gründe seine Abstimmungen beeinflussen, so fragt es sich nur, was man für objektiv hält. Die Objektivität des Herrn Windthorst ist jedenfalls von Stimmungen abhängig und wenn die Stimmung schlecht ist, dann liegt die Grenze der Objektivität nicht mehr an derselben Stelle. Objektivität habe ich in den Reden des Herrn Windthorst zur Genererbeordnungs-Novelle nicht gefunden, vielmehr ein Bedürfnis nach Polizei, das doch sehr subjektiv ist (Heiterkeit). Daher mag er es mir nicht übel nehmen, wenn ich sage, daß Alles auf mich nicht den Eindruck von Friedensverhandlungen macht. Wir haben einen Gesandten beim Vatikan, ohne daß ihn jemand gewünscht hat. Wozu geben wir das Geld dafür aus? Herr von Schöller wird bald in kalter, bald in warmer Zeit gemungen, frischer Luft zu suchen, als der Vatikan sie zu bieten vermag; wahrscheinlich sind die Verhandlungen im Vatikan sehr anstrengend (Heiterkeit). Vielleicht bekommen wir auch bald einen Nuntius in Berlin. Aber das ein ehrlicher Frieden gesucht wird, das glaube ich denn auch nicht. Eine prinzipielle Lösung der Frage finde ich auch in der Vorlage nicht, sie kann es nie zu einer friedlichen Ausgestaltung kommen lassen. Diese Ueberzeugung ist der Grund, daß wir keinen Eifer haben, uns mit dieser Gesetzgebung zu befassen, obwohl wir unsere Mitwirkung nicht versagen. Die Aversion gegen den kirchlichen Gerichtschof theile ich. Wir dürfen dem Minister kein neues Objekt zu Transaktionen geben. Die Gegenrichtung des Zentrums gegen das staatliche Einspruchsrecht hat für uns etwas Verächtliches. Den Geistlichen ist durch das Zivilstandsgesetz ein Theil ihres amtlichen Charakters genommen worden, aber es werden immer wieder von den evangelischen, wie von den katholischen Geistlichen Versuche gemacht, durch Hintertüren dazu zurückzugelangen. Ein Theil des amtlichen Charakters der Geistlichen ist jedoch beibehalten, und deshalb möchte ich erfahren, ob die Regierung bereit ist, weitere Zugeständnisse auf dem Gebiet der Vorbildung zu machen. Wenn Sie mit Freiheit Papst und Dogma bezeichnen, dann können wir Ihnen nicht beitreten. Wir wollen, daß auch für die Dissidenten die Gehege Werth haben. Wie weit wir jedoch hierin zurückgekommen sind, beweist die antisemitische Bewegung, die noch nicht verrückt ist, sondern sich nur gemildert hat. Vor Kurzem hat ein Staatsanwalt vor Gericht einen Angeklagten um deswillen eher für schuldig erachtet, weil er Dissident war. Wenn der Vertreter des Rechtes so verfährt, was soll erst in der Verwaltungsinstanz geschehen. Das dürfen wir nicht vergessen, wenn wir Gehege für kirchliche Freiheit machen. Erst dann, wenn das Zentrum auch die Juden und Dissidenten für gleichberechtigt hält, werden wir uns verständigen können. (Beifall links.)

Abg. Greiner begrüßt die Vorlage als einen bedeutenden Schritt zum wahren kirchlichen Frieden und ist darüber erfreut, daß von fast allen Parteien der Vorlage freundlich entgegengekommen wird. Der Streitpunkt der Parteien ist Art. 4, doch genügt er mich an dieser Stelle nicht, denn es ist mir zweifellos, daß die Regierung ihr Einspruchsrecht gewahrt haben muß. Am meisten hat mich bei den Debatten im Hause interessiert die Auseinandersetzung zwischen dem Zentrum und dem Fortschritt. Auf die Ausführungen des Herrn Richter näher eingehen, ist jedenfalls nicht nöthig und ich glaube, daß alle fortschrittlichen Deklarationen an der historischen Stellung des Papstthums nichts rütteln können. Herrn Birchow möchte ich erwidern, daß das Vatikanum nicht die Veranlassung zum Kulturkampf gewesen ist, daß man es jedoch gerne zum Vorwand für diesen genommen hat. Ich habe immer drei Arten des Kulturkampfes unterschieden, den Kampf des Fürsten Bismarck gegen den Papst, der etwas von der elementaren Gewalt des Kampfes zwischen Kaiser und Papst im Mittelalter an sich hat, der Kampf der bürokratischen Juristen, den Herr Dr. Falt eingenommen und schließlich den Kampf des Atheismus gegen das positive Christenthum. Nachdem die beiden ersten Arten des Kampfes geschwunden sind, müssen wir alles daran setzen, um den wilden Kampf des Atheismus auszuheben zu lassen. Denn ich kann mir nicht denken, daß ein Deutschland existieren kann, ohne die Grundlagen des Christenthums. Was die Dissidenten betrifft, so glaube ich, daß sie am besten in unserer Gesetzgebung gestellt sind. Erinnern Sie sich, daß Fürst Bismarck der jüdischen Hochschule Korporationsrechte verlieh zu einer Zeit, wo er der katholischen Kirche feindlich gegenüber stand, und daß die Juden in dem Gehege über den Austritt aus der Kirche gleichfalls besser gestellt sind als die anderen Konfessionen. In Bezug auf das Gehege wünsche ich gleichfalls, daß es in der Kommission berathen werde.

Abg. Dr. Gneist: Die nationalliberale Partei hat im Jahre 1880 und überhaupt immer ausgesprochen, daß sie auch für die Gesetzgebung keine Unfehlbarkeit in Anspruch nimmt; wir waren und sind bereit, solche Härten zu beseitigen, welche nicht unbedingt nöthig waren zur Erreichung der gewollten Zwecke. Wir haben uns schon früher einverstanden erklärt mit dem jetzigen Artikel 4 der Vorlage. Wir verstehen auch vollkommen, daß man den gegenwärtigen Verzicht macht, das streitige Feld zu verkleinern, indem man auf die Benennung der widerwärtig angestellten Geistlichen verzichtet. Aber es wird doch ein Wichtiges dabei übersehen. Die alte preussische Praxis, welche der jetzt beabsichtigten entspricht, entstand in einer Zeit, wo die Regierung alle Macht und Rechtsmittel in der Hand hatte, um die Grenzen ihrerseits zu ziehen. Heute liegt die Sache umgekehrt: die Grenze wird fastisch von der anderen Seite gezogen. Verzichtet der Staat in der angegebenen Weise auf sein Einspruchsrecht, so wird der Erfolg der sein, daß möglichst viele, später womöglich alle Stellen mit widerwärtig angestellten oder Vertretern besetzt werden und das Einspruchsrecht der Regierung gänzlich illusorisch wird, so daß schließlich wohl die Form, nicht aber das Recht selbst gerettet wird. Der Kirchenfreit aber wird nicht aufhören, auch wenn Sie das Gesetz annehmen, und darum eignet es sich auch weniger als irgend ein anderes dazu, vom augenblicklichen Standpunkt der Parteien beurtheilt zu werden; es handelt sich in ihm um dauernde Verhältnisse, die nicht bloß für die eine Konfession bestimmt sind. Preußen hat seit der Erwerbung Schlesiens die besondere Aufgabe gehabt, eine Gesetzgebung zu machen für zwei Kirchen, welche mit den gleichen Ansprüchen, mit der gleichen Gewohnheit zu herrschen auftraten. Da war es das Ziel der friderizianischen Gesetzgebung, ein friedfertiges Verhältniß in den äußeren Beziehungen zwischen den beiden Konfessionen zu erzwingen und zu befördern, während die kirchlichen Bestrebungen einander nach wie vor unabänderlich entgegenstehen. Das hatte jene Gesetzgebung gewollt, weiter nichts. Und auch die weitere Entwicklung ist mit einer Achtung vor dem Dogma beider Kirchen in einem überwiegend protestantischen Lande erfolgt, wie nirgend anderswo. Der Fehler der früheren Gesetze war der

Fehler des absoluten Staates überhaupt. Er hatte nur allgemeine Vorschriften, durchgeführt durch die Behörden, ohne eine Mitwirkung der Betheiligten. Dies ist nach 1848 richtig erkannt und das Alte beseitigt worden. Aber welcher Staat der Welt hat das Problem gelöst, mit dem einen Worte „Selbstständigkeit der Kirche“ alle Streitfragen zu erledigen, welche seit tausend Jahren aufgeworfen sind? Nicht einmal Katholiken haben unter der schrankenlosen Herrschaft des kanonischen Rechts leben können, wie das Beispiel Spaniens beweist. Unter solchen Umständen hat die Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts nur die Gedanken der friderizianischen Zeit wieder aufgenommen; sie hat auch nichts anderes gewollt, als diejenigen Schranken ziehen, welche wesentlich sind, um ein friedfertiges Verhältniß zwischen den beiden Konfessionen herbeizuführen, um zu verhüten, daß die gesammte Bildung des Volkes sich entfremde den gemeinsamen Wurzeln aller sittlichen Bildung überhaupt. Daher hat die Gesetzgebung der 70er Jahre ein beschränktes Einspruchsrecht konstruirt und dazu noch einen Gerichtschof geschaffen, wie er unter den obwaltenden Verhältnissen eben möglich war. Dem kanonischen Rechte entspricht dies nicht, ihm sind diese Einrichtungen immer ein Widerspruch gegen die von Gott gegebene Freiheit der Kirche. Sie verlangen die freie Kirche im freien Staat. Wenn es möglich wäre, auf kurze Zeit die Probe zu machen, für den einen Theil schrankenlos aus canonicum, andererseits die Staatsgewalt ebenso uneingeschränkt gelten zu lassen, dann würden wir uns auch gleichzeitig von der Undurchführbarkeit des Standpunkts des Abg. Richter überzeugen, welcher es für genügend hielt, wenn der Staat betrafte Personen von den geistlichen Aemtern fern hält. Das ist der düsterrigste Standpunkt, den man einnehmen kann. Was würden wir nach solcher Probe vor uns sehen? Es beständen dann zwischen den beiden konfessionellen Haupttheilen der Nation keine Ehe, kein Familien-, kein sittliches Band, keine gemeinsame Erziehung, kein Element des gemeinsamen Unterrichts und wir wissen es, zuletzt theilen sich auch Gewerbe und Rundschau. So lange Völker existiren, hat eine Nation unter solchen Umständen nie bestanden; die ganze Entwicklung Deutschlands seit dem Westfälischen Frieden ist nichts anderes als das ewig wiederholte Bestreben, aus einem derartigen Zustande herauszukommen. Dieser Zustand hat uns das Elend des dreißigjährigen Krieges gebracht. Keine Nation läßt sich auf diese Weise zerreißen bloß um ihrer Geistlichkeit willen. Diese Macht der Staatsgewalt kommt mit elementaren Ausbrüchen immer wieder zur Geltung. Treten wir auf die Basis der veränderten Anzeigepflicht des Entwurfs, so werden wir bald dahin gelangen, daß es anerkannte und nicht anerkannte Geistliche giebt. Diese verantwortungsvollen Konsequenzen müssen auf das Eingehendste erwogen werden, deshalb stimmen auch wir um so eher für Kommissionsberathung. (Beifall links.)

Abg. Dr. Majunke: Der Herr Vorredner hat ein Plaidoyer gehalten, wie es ein Minister Friedrich II. hätte halten können und es wäre patriotischer von ihm gewesen, wenn er nicht derartige Reminiscenzen vorgebracht hätte, die das Gefühl der Katholiken beleidigen mußten. Bis zum Erlaß der Verfassung hatten wir keine religiöse Freiheit, erst die Verfassung hat sie uns gebracht und es hat sich daraus ein Zustand gebildet, den Herr Birchow einst ungemüthlich genannt hat. Sie sehen, wenn man der katholischen Kirche Freiheit giebt, so hat sie auch die Macht, die Verhältnisse selbständig zu gestalten. Ich kann den Standpunkt des Vorredners wohl verstehen, aber gerade der Umstand, daß der Bannerträger seiner Partei gerade jetzt die Fahne verlassen hat, hätte ihn belehren müssen, daß man in der Gegenwart nicht mit derartigen Ausführungen kommen dürfe. Herrn Birchow erwidere ich, daß jeder Katholik so frei sein will, wie es der Papst ist und daß es für uns ein Axiom ist, daß wir alles für richtig erkennen müssen, was ein Konzil beschloffen hat. Die zehn Millionen wollen den Papst, wollen die Bischöfe haben, und Priester, die ordnungsmäßig gesandt sind. Wer geht in die Predigten der Staatspfarrer, es wächst ihnen Gras in ihren Kirchen. Wir wollen Freiheit für alle, auch für die Dissidenten und Juden und wollen keinerlei Privilegien für uns. Wir wollen uns mit Ihnen auf einen völlig voraussetzungslosen Standpunkt, auf den Standpunkt der Verfassung stellen, daß die Wissenschaften und ihre Lehre frei sein soll. Auf diesem Boden werden wir uns verständigen sine ira et studio und auf diesem Boden werden wir zu Freiheit und Recht gelangen. (Bravo! im Zentrum.)

Die Diskussion wird geschlossen und die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Der Präsident theilt nun mit, daß, da es jetzt darauf ankomme, der Kommission Zeit zu ihren Berathungen zu lassen, die nächste Sitzung erst am Donnerstag, 21. Juni 1 Uhr, stattfinden wird und fest auf die Tagesordnung kleinere Vorlagen.

Schluß 11½ Uhr.

Locales und Provinzielles.

Bosen, 13. Juni.

r. [Zum Wollmarkt] wurden gestern noch 1671 Ztr. 65 Pfd. Wolle zugefahren. Da bereits gestern der Wollmarkt als beendet zu betrachten war und heute keine Zufuhr mehr zu erwarten ist, so hat demnach die gesammte Zufuhr 16,956 Ztr. 75 Pfd. betragen. Im vorigen Jahre belief sich dieselbe auf 17,363, im Jahre 1881 auf 19,350 Ztr.

— Jubiläum. Das älteste Mitglied des hiesigen Regierungs-Kollegiums, Herr Geheimrath und Provinzialfeuerwerks-Direktor Gade, hat, wie wir seiner Zeit mittheilten, am 29. Mai d. J. sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum erlebt. Um sich den ihm zu diesem Tage zugehenden Dotationen zu entziehen, war der Jubilar nach der Schweiz gereist, wohin ihm nicht nur der ihm als Anerkennung seiner langjährigen Verdienste um den Staat verliehene königliche Kronenorden III. Klasse, sondern auch die Glückwünsche seiner Kollegen, der ihm untergebenen Beamten und seiner Freunde haben nachgeschendet werden müssen. Nach seiner am 10. d. M. erfolgten Rückkehr hierher ist er jedoch am 11. d. M. von einer Deputation des hiesigen Regierungs-Kollegiums, bestehend aus den Dirigenten und ältesten Mitgliedern der verschiedenen Abtheilungen, festlich in seiner Wohnung begrüßt, durch eine außerordentlich warme und herzlichste Ansprache des Herrn Ober-Regierungs-Raths Bergemroth als zeitigen Vertreters des sich auf einer Adreßreise befindenden Regierungspräsidenten erkreut und geehrt und ihm dabei zur Erinnerung an den Tag seines Dienstjubiläums ein schönes und werthvolles Angebinde, bestehend aus zwei kunstvoll gearbeiteten, silbernen und reich mit goldenen Ornamenten und Arabesken verzierten Weinlannen überreicht worden.

r. Diebstahl. Verhaftet wurde gestern Nachmittag ein Fornal (Pferdehelfer) aus dem Kreise Scharba, welcher verdächtig ist, von einem mit Glaswaaren beladenen und im Hofe eines Gasthofes auf der Wallische stehenden Wagen zwei Biergläser entwendet zu haben.

□ Ostroben, 12. Juni. [Militärisches.] Blyschlag. S. Chulpaziergang. Gestern traf der Divisions-Kommandeur General-Lieutenant von Abensleben hier ein, um die hiesige Wlanen-Eskadron zu inspizieren. Die Eskadron rückte zu dem Zwecke heute früh um 7 Uhr parademäßig nach dem Geyerplatze. — Bei dem Gewitter am 9. d. hat der Blysch in hiesigen Kreise einen Mann getödtet und an zwei Stellen gezündet. — Heute hielt die hiesige katholische Stadtschule ihren Sommerpaziergang ab.

Wollmärkte.

Thorn, 12. Juni. Aufgefahren wurden 1600 Zentner, es werden jedoch größere Zufuhren erwartet; Wäsche durchweg vorzüglich.

Königsberg, 12. Juni. Bis heute sind 2500 Zentner angefahren, die Wollen sind meist vorzüglich gewaschen, die Preise sind etwa die höchsten im Vorjahre gezahlt.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 13. Juni. Der Mörder Sobbe ist heute früh um 6 Uhr hingerichtet worden.

Bern, 12. Juni. Der Bundesrath hat den Nationalrath Rebmann als Kommissar für die internationale Thierausstellung in Hamburg und den Direktor Fried in Zürich zum Jurymitglied für dieselbe bestellt. — Das Königreich Siam hat seinen Beitritt zum internationalen Telegraphenvertrag angezeigt.

Paris, 12. Juni. Die Bureau des Senats wählten heute die Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs über die richterlichen Beamten. Von den gewählten Mitgliedern der Kommission ist nur ein einziges ohne Weiteres für den Entwurf, zwei sind gegen jede Reform, acht sind im Prinzip für eine Reform des gegenwärtigen Gesetzes, verlangen aber weitgehende Modifikationen des vorgelegten Entwurfs. — Die Deputiertenkammer lehnte mit 273 gegen 201 Stimmen den Antrag Davigne's auf Erhebung einer Weinsteuern von der 1882er Ernte ab. — Wie der „Temps“ meldet, nehmen die Unterhandlungen zwischen Tricou und Liang-Chang einen guten Fortgang.

Brüssel, 12. Juni. Die „Indépendance Belge“ erfährt, daß die Regierung demnächst einen Gesetzentwurf über den obligatorischen Schulunterricht vorlegen werde. — Die beabsichtigte Erhöhung der Brantweinsteuer hat heute eine Manifestation der Händler mit geistigen Getränken veranlaßt. Dieselben zogen in starken Massen vor das Parlamentsgebäude und protestirten gegen die neue Steuervorlage. Ernstliche Aufrührungen sind nicht vorgekommen.

London, 11. Juni. [Unterhaus.] Der Unterstaatssekretär des Aeußern, Fitzmaurice, erklärte auf eine Anfrage, nach Berichten des englischen Geschäftsträgers in Konstantinopel hätten die englischen Kaufleute in Konstantinopel bisher nicht gegen die Erhebung der Zölle mit 8 pSt. ad valorem protestirt. Der Geschäftsträger sei darauf instruiert worden, diese Zölle zu akzeptiren, vorausgesetzt, daß die englischen Kaufleute auch nun nichts dagegen einzuwenden hätten. Weiter theilte der Unterstaatssekretär mit, die Regierung habe von Frankreich keine Erklärung verlangt wegen der am 2. d. M. von dem Minister Chalamel-Lacour im Senate gethanen Aeußerung betreffend die Aufhebung Chinas gegen Frankreich durch eine ihm (dem Minister) bekannte Macht. Die Regierung habe nicht geglaubt, daß diese Aeußerung irgendwie England berühren solle. — In Beantwortung einer Anfrage Churchill's verlas der Premier Gladstone Depeschen Male's, in denen ausgeführt wird, daß das über Suleiman Samis gefällte Todesurtheil gerecht sei; ferner verlas Gladstone eine Depesche Lord Dufferin's vom heutigen Tage, in welcher erklärt wird, daß die von Churchill gegen den Rhebive erhobene Anklage der Mitschuld an den Niedermechelungen eine grundlose Verleumdung sei. Northcote beantragte Vertagung des Hauses, um Aufklärungen über die Haltung der Regierung betreffs der Hinrichtung Suleiman Samis zu erhalten. Churchill greift die Regierung auf das Festigste an und bezieht den Rhebive aufs Neue der Mitschuld an den Niedermechelungen in Alexandria. Der Premier entgegnet, wenn Churchill auch nur eine Idee von Verantwortlichkeit hätte, so würde er nicht so schamlose, falsche Beschuldigungen gegen den Rhebive und die Richter einschleichen, die englischen und italienischen Mitglieder des Gerichtshofes vorbringen. Die Regierung stütze sich auf die Berichte eines vertrauenswürdigen kompetenten Agenten. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Antrag Northcote auf Vertagung abgelehnt.

London, 12. Juni. Das Unterhaus genehmigte schließlich mit 229 gegen 45 Stimmen den Antrag, in die Spezialberatung der Bill betreffend die dem Admiral Lord Alcester zu gewährende Dotation einzutreten und erledigte die Spezialberatung derselben unter Ablehnung aller dazu eingebrachten Abänderungsanträge. Der Antrag auf Vornahme der Spezialberatung über die Bill betreffend die Dotation für General Wolsey wurde mit 166 gegen 20 Stimmen ebenfalls angenommen, die Bill wurde unter Ablehnung aller Amendements in der Spezialberatung genehmigt.

London, 12. Juni. Das Oberhaus genehmigte in zweiter Lesung die Vorlage über die Seefischerei. Dieselbe bezweckt die Ausführung der internationalen Konvention betreffend die polizeiliche Regelung der Fischerei in der Nordsee.

Rom, 12. Juni. Nach dem nunmehr vorliegenden definitiven Resultate wurden bei den Municipalwahlen 14 Kandidaten gewählt, welche allen Kandidatenlisten gemeinsam angehörten, 8, die sich ausschließlich auf der Liste der Liberalen befanden, 8, die auf der Liste der Alerikalen und des Vereins der gemäßigt Liberalen standen und 4, die ausschließlich von den Alerikalen aufgestellt waren.

Petersburg, 12. Juni. Die Ober-Polizeimeister von Moskau und Petersburg, Roslow und Gresser, sind in Anerkennung ihrer Leistungen bei den Krönungsfeierlichkeiten zu General-Lieutenants befördert worden. — Der Großfürst Konstantin Nikolajewitsch nimmt seinen Sommeraufenthalt in Pawlowsk.

Kiew, 12. Juni. Die Prinzen Arnulf von Bayern und Herrmann von Sachsen-Weimar sind gestern hier eingetroffen und festen heute, nach Befichtigung der Sehwürdigkeiten, über Drest die Reise nach Deutschland fort.

Konstantinopel, 12. Juni. Das Patriarchat und der Vorstand der hiesigen griechischen Gemeinde überreichte der Pforte ein Gesuch um Aufrechterhaltung ihrer alten Privilegien und Gerechtsame, da die Pforte beabsichtigen soll, die bisher der Jurisdiktion des Patriarchats unterstellten Fragen der türkischen Jurisdiktion zu überweisen.

Verantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Wien.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wasserstand der Warthe.

Wien, am 12. Juni Morgens 0,56 Meter.
„ 12. „ Mittags 0,54
„ 13. „ Morgens 0,54

Meteorologische Beobachtungen zu Wien im Juni.

Datum	Barometer auf 0	Wind	Wetter	Temp. i. Cels.
Stunde	Gr. red. in mm.			Grad.
12. Nachm. 2	755,4	W mäßig	trübe	+23,7
13. Mids. 10	757,6	N schwach	bedeckt 1)	+18,9
13. Morgs. 6	759,0	N schwach	bed. Regen 2)	+12,1

1) Nachm. Gewitter; 2) Regenhöhe: 5,2 mm.
Am 12. Wärme-Maximum: +24,1 Cels.
Wärme-Minimum: +13,5

Telegraphische Börsenberichte.

Börsen-Course.

Frankfurt a. M., 12. Juni. (Schluß-Course.) Fest auf Berlin, still.

London. Wechsel 20,52. Pariser do. 81,125. Wiener do. 170,80. R.-M. S.-M. — Rheinische do. —, Hess. Ludwigsb. 100,1. R.-M.-Pr.-Ant. 126. Reichsbank 102,1. Reichsbank 149,1. Darmst. 151,1. Meining. 95,1. D.-A. do. 71,50. Kreditaktien 253,1. Silberrente 67,1. Papierrente 66,1. Goldrente 84,1. Ung. Goldrente 75,1. 1860er Rente 121. 1864er Rente —. Ung. Staatsb. 224,30. do. Ob.-Ob. II. 97. Böhm. Westbahn 258,1. Elisabethb. —. Nordwestbahn 170,1. Galizier 258,1. Franzosen 279. Lombarden 128,1. Italiener 92,1. 1877er Rente 90,1. 1880er Rente 72,1. II. Orientanl. 56,1. Centr.-Pacifc 112. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 57,1. Wiener Bankverein 91,1. 5% österreichische Papierrente 79,1. Buschthaber —, Gympster 74,1. Gotthardbahn 120,1. Türken 11,1.

Westfälische Eisenbahn 87,1.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 253,1, Franzosen 279,1, Galizier 257,1, Lombarden 128,1, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, Gympster —, Gotthardbahn 119,1.

Frankfurt a. M., 12. Juni. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 253,1, Franzosen 279,1, Lombarden 128,1, Galizier 257,1, österreich. Papierrente —, Gympster —, III. Orientanl. —, 1880er Rente —, Gotthardbahn 120,1, Deutsche Bank —, Nordwestbahn —, Elbthal —, 4proz. ung. Goldrente —, II. Orientanl. —, Böhmische Nordbahn —, Still.

Wien, 12. Juni. (Schluß-Course.) Sehr fest, lebhaft.
Papierrente 78,42, Silberrente 79,00. Defferr. Goldrente 88,96. 6proz. ung. Goldrente 120,30. 4proz. ung. Goldrente 89,12, 5proz. ung. Papierrente 87,10. 1864er Rente 120,00. 1860er Rente 134,75. 1864er Rente 167,00. Kreditrente 170,00. Ungar. Prämien 115,00. Kreditaktien 296,60. Franzosen 326,80. Lombarden 149,50. Galizier 301,75. Reichsbank 144,50. Pardubitzer 149,00. Nordwestbahn —. Elisabethbahn 222,25. Nordbahn 275,00. Defferr. ung. Rente —. Centr.-Pacifc —. Unionbank 116,90. Anglo-Aust. 110,75. Wiener Bankverein 106,25. Ungar. Kredit 294,75. Deutsche Bank 58,45. Londoner Wechsel 119,95. Pariser do. 47,45. Amsterdam do. 88,90. Napoleons 9,52. Dukat 5,67. Silber 100,00. Marknoten 58,50. Russische Banknoten 1,17. Lemberg-Gyornozig —. Kronpr.-Rudolf 186,00. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. Elbthal 217,50. Tramway 216,50. Buschthaber —. Defferr. 6proz. Papier 93,35.

Wien, 12. Juni. (Privatverkehr.) Ungar. Kreditaktien —. Defferr. Kreditaktien 294,70. Ungar. 4proz. Goldrente 89,12. Franzosen —, Lombarden —, Galizier —. Nordwestbahn —. Elbthal —. Defferr. Papierrente —. 6proz. ung. Papierrente —, Marknoten —, Napoleons —, Bankverein —, Behauptet.

Paris, 12. Juni. (Schluß-Course.) Unentschieden.
3proz. amortisirt. Rente 80,70. 5proz. Rente 79,45. Anleihe de 1872 108,27, Ital. 5proz. Rente 93,10. Defferr. Goldrente 84,1. 6proz. ung. Goldrente 103,1. 4proz. ung. Goldrente 76,1. 5proz. Russen de 1877 94,1. Franzosen 700,00. Lombard. Eisenbahn-Aktien 317,50. Lombard. Prioritäten 300,00. Türken de 1865 11,25. Türkenloose 53,25. III. Orientanleihe —.

Eredit mobilier 365,00. Spanier neue 64,1. do. inter. —, Suezkanal-Aktien 250,00. Banque ottomane 773,00. Union gen. —, Eredit foncier 1315,00. Egypter 368,00. Banque de Paris 1060,00. Banque d'escompte 527. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,30. 6proz. Rumänische Anleihe —.

Foncier Egyptien 597,00.

Florenz, 12. Juni. 5pSt. Italien. Rente 93,20. Gold 20,00.
London, 12. Juni. Consols 100,1. Italien. 5proz. Rente 92. Lombarden 12,1. 3proz. Lombarden alte 11,1. 3proz. do. neue —. 6proz. Russen de 1871 86,1. 5proz. Russen de 1872 85,1. 6proz. Russen de 1873 85,1. 5proz. Türken de 1865 11,1. 3proz. fundirt. Amerik. 105,1. Defferr. Goldrente 67,1. do. Papierrente —. 4proz. Ungar. Goldrente 75,1. Defferr. Goldrente 83,1. Spanier 64,1. Egypter 72,1. Ottomandant 20,1. Preuß. 4proz. Consols 101,1. Fest.

Silber —. Placidifont 3,1 pSt.

Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,70. Wien 12,15. Paris 25,50. Petersburg 24,1.

Newyork, 11. Juni. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94,1. Wechsel auf London 4,85, Cable Transfers 4,89, Wechsel auf Paris 5,17, 3proz. fundirt. Anleihe 103,1. 4proz. fundirt. Anleihe von 1877 119,1. Erie-Bahn 36,1. Central-Pacifc-Bonds 115,1. Newyork Centralbahn-Aktien 123,1. Chicago und North Western Eisenbahn 151,1.

Geld abundant, für Regierungsbonds 1,1. für andere Sicherheiten 2,1 Prozent.

Produkten-Curse.

Königsberg, 12. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen unveränd., Roggen matter, loco 121/122 Pfd. 2000 Pfund Zollgewicht 136,00, Juni 135,00, September-Oktober 141,50. Gerste still. Hafer unverändert, loco inländ. 132,00, pr. Juni 130,00. Weiße Erbsen per 2000 Pfd. Zollgewicht 151,00. Spiritus pr. 100 Liter 100 pSt. loco 58,75, pr. Juni 58,75, pr. August —, per September 59,00. Wetter: Heiß.

Wien, 12. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 21,00, fremder loco 21,50, per Juli 19,80, per November 20,45. Roggen loco 15,00, per Juli 14,75, per Novbr. 15,45. Hafer loco 15,25. Rübsöl loco 36,50, per Oktober 31,60.

Bremen, 12. Juni. Petroleum. (Schlußbericht.) Matt. Standard white loco 7,55 Pfd., per Juli 7,65 Pfd., per August 7,75 Pfd., per August-Dezember 7,95 bez.

Hamburg, 12. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen loco unv., auf Termine ruhig, per Juni-Juli 187,00 Pfd., 186,00 Gd., per Sept.-Oktober 195,00 Pfd., 194,00 Gd. — Roggen loco unv., auf Termine ruhig, per Juni-Juli 147,00 Pfd., 146,00 Gd., per September-Oktober 151,00 Pfd., 150,00 Gd. Hafer und Gerste unveränd. Rübsöl fest, loco 71,50, per Oktober 61,50. Spiritus ruhig, per Juni 46 Pfd., per Juli-August 46 Pfd., per August-September 47 Pfd., per Sept.-Oktober 47 Pfd. Raffee fest, Umsatz 3500 Sad. Petroleum still, Standard white loco 7,45 Pfd., 7,40 Gd., per Juni 7,40 Gd., per August-Dezember 7,90 Gd. — Wetter: Schön.

Wien, 12. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 10,20 Gd., 10,25 Pfd., per Herbst 11,05 Gd., 11,10 Pfd. Roggen per Juni 8,20 Gd., 8,25 Pfd., per Herbst 8,50 Gd., 8,55 Pfd. Hafer per Herbst 7,17 Gd., 7,22 Pfd. Mais (internationaler) pr. Juni 7,37 Gd., 7,42 Pfd.

Wien, 12. Juni. Produktenmarkt. Weizen loco fest, per Herbst 10,88 Gd., 10,90 Pfd. — Hafer per Herbst 6,95 Gd., 6,97 Pfd. Mais per Juni-Juli 6,87 Gd., 6,89 Pfd., per Juli-August 6,70 Gd., 6,73 Pfd. Rohraps pr. August-September 14,1.

Paris, 12. Juni. Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per Juni 27,30, per Juli 27,25, per Juli-August 27,30, per

September-Dezember 27,90. — Roggen ruhig., per Juni 16,75, per Septbr.-Dezember 18,75. — Mehl 8 Marques fest, per Juni 58,40, per Juli 58,80, per Juli-August 59,10, per September-Dezember 60,60. — Rübsöl ruhig, per Juni 101,00, Juli 86,00, per Juli-August 82,50, per Septbr.-Dezbr. 76,50. — Spiritus fest, per Juni 52,25, per Juli 53,00, per Juli-August 53,25, per September-Dezember 52,50. Wetter: Veränderlich.

Paris, 12. Juni. Rohzucker 88° loco ruhig, 53,75 a 54,00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 pr. 100 Kilogramm per Juni 61,80, per Juli 62,25, per Juli-August 62,50, per Oktober-Januar 60,30.

Amsterdam, 12. Juni. Bancairn 57,1.

Amsterdam, 12. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen pr. Mai —, per November —. Roggen pr. Mai —, per Oktober-ber 175,00.

Antwerpen, 12. Juni. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß. loco 18 bez., 18 1/2 Br., per Juli 18 1/2 Br., per September 19 1/2 Br., — Gd., per September-Dezember 20 1/2 Br., — Rubig.

Antwerpen, 12. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen flau. Hafer fest. Gerste unverändert.

Liverpool, 12. Juni. Getreidemarkt. Weizen stetig. Mais ungefahr 1 d. billiger. Mehl ruhig. — Wetter: Schön.

Liverpool, 12. Juni. Baumwollmarkt. (Schlußbericht.) Umsatz 6000 B., davon für Spekulation und Export 500 B. Träge. Middl. amerikanische Juni-Juli-Lieferung 5 1/2, Juli-August-Lieferung 5 1/2, August-September-Lieferung 5 1/2, September-Oktober-Lieferung 5 1/2, Oktober-November-Lieferung 5 1/2, November-Dezember-Lieferung — d.

Liverpool, 12. Juni. Baumwollmarkt. (Schlußbericht.) Weitere Meldung. Dhollerah good 4 1/2, Dmra 4 1/2 d.

London, 12. Juni. Bei der gestrigen Wollauktion waren Preise unverändert.

London, 12. Juni. An der Rüste angeboten 9 Weizenladungen.

— Wetter: Schön.

London, 12. Juni. Havannaer Nr. 12 23 1/2 nominell. Centrifugal Cuba —.

Glasgow, 12. Juni. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 47 1/2 d.

Petersburg, 12. Juni. (Produktenmarkt.) Talg loco 77,00, pr. August 74,00. Weizen loco 13,80. Roggen loco 9,50. Hafer loco 5,10. Panf loco 35,00. Leinsaat (9 Pud) loco 13,75. — Wetter: Warm.

Manchester, 12. Juni. 12r Water Armitage 6 1/2, 12r Water Taylor 7 1/2, 20r Water Nichols 8 1/2, 30r Water Clayton 9 1/2, 32r Rod Lownhead 9 1/2, 40r Mule Manoll 9 1/2, 40r Medio Wilkinson 10 1/2, 32r Warpcops Lees 8 1/2, 36r Warpcops Qual. Rowland 9 1/2, 40r Double Weston 10 1/2, 60r Double courante Qual. 14 1/2, Printers 1 1/2 1/2 8 1/2 pfd. 85 1/2. Rubig.

Newyork, 11. Juni. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 10 1/2, do. in New-Orleans 10, Petroleum Standard white in Newyork 7 1/2 Gd., do. in Philadelphia 7 1/2 Gd., rohes Petroleum in Newyork 7 1/2, do. Pipe line Certifikates 1 d. 16 O. — Mehl 4 d. 20 O. — Kothier Winterweizen loco 1 d. 23 1/2 O., do. per Juni 1 d. 20 1/2 O., do. pr. Juli 1 d. 21 1/2 O., do. pr. August 1 d. 23 1/2 O., Mais (New) — d. 66 1/2 C. — Zucker (Fair refining Muscovados) 6 1/2, Raffee (fair Rio's) 9 1/2. Schmalz Marke (Wilcox) 11 1/2, do. Fairb. 11 1/2, do. Rohe u. Brothers 11 1/2. Speck 10 1/2. Getreidefracht nach Liverpool 2 1/2.

Newyork, 11. Juni. Weizen-Versicherungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 48,000, do. nach Frankreich 10,000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 5000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 32,000, do. nach anderen Häfen des Kontinents —, — Dts.

Bromberg, 12. Juni. (Bericht der Handelskammer.)

Weizen flau, hochbunt und glattig feiner 195 — 198 M., gesunde mittlere Qualität 175 — 180 M., hellbunt mit etwas Ausmuchs, 160 — 170 M., abfall. Qual. 140 — 150 M. — Roggen matt, loco inländischer feiner 139 — 140 Mark, mittlere Qualität 136 — 138 Mark, abfallende Qualität mit Geruch 120 — 125 Mark. — Gerste nominell, feine Brauware 135 — 140 Mark, grobe und kleine Mälser- und Futtergerste 112 — 125 Mark. — Hafer feiner 130 — 135 Mark, loco geringer 120 — 128 Mark. — Erbsen, Rothwaars 150 — 165 Mark, Futterwaars 130 — 135 Mark. — Mais. Rübsen und Rapz ohne Handel — Spiritus höher, pro 100 Liter a 100 Prozent 56,50 — 57 Mark. — Rubelskurs 200 Mark.

Bredlau, 12. Juni. (Antlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Roggen (per 2000 Pfund) geschäftslos. Gefündigt. — Centner. Abgelassene Rundungsscheine —, per Juni 147,00 Br., per Juni-Juli 147,00 Br., per Juli-August 147,00 Gd., per August-September 149 Br., per Septemb.-Oktober 150 Br., per Oktober-November 152 Br. — Weizen. Gd. — Centr. per Juni 189 Br. — Hafer. Gefündigt. — Centner, per Juni 122 Br., per Juni-Juli 122 Br., per Juli-August 124 Br. — Rapz Gefündigt. — Centner, per Juni — per September-Oktober — Geld. — Rübsöl fest. Gefündigt. — Centner. Loco 74,50 Br., per Juni 73 Br. u. Gd., per Juni-Juli 73 Br. u. Gd., per September-Oktober 60,50 Br., per Oktober-November 60,50 Br., per November-Dezember 60,50 Br. — Spiritus, geschäftslos. Gd. — Liter, per Juni 56 Gd. u. Br., per Juni-Juli 56 Gd. u. Br., per Juli-August 56,00 Gd., per August-September 56,00 Gd., per September-Oktober 54 Gd., per Oktober-November 53 Br., per November-Dezember 52,00 Gd.

3int: (per 50 Rilo) ohne Umsatz. Die Börse-Kommission.

Stettin, 11. Juni. [Wm der Börse.] Wetter: bewölkt. + 19° R. Barometer 28,3. Wind: NW.

Weizen niedriger, per 1000 Kilogramm loco gelber und weißer 180 — 193 M., geringer und feuchter 162 — 177 M., per Juni 193,5 M. bez., per Juni-Juli 192,5 — 193 M. bez., per Juli-August 194 M. Br. u. Gd., per September-Oktober 197 — 196,5 M. bez., per Oktober-November 197 M. bez. — Roggen matt, per 1000 Kilogramm loco inländ. 138 bis 144 M., geringer mit Geruch 132 bis 135 M., per Juni 145,5 — 144,5 M. bez., per Juni-Juli 145 — 144,5 M. bez., per Juli-August 145,5 M. Br. u. Gd., per September-Oktober 149 — 148,5 M. bez., per Oktober-November 149 M. bez. — Gerste stille, per 1000 Kilgr. loco geringe 124 — 130 M., bessere 131 — 140 M. — Hafer unverändert, per 1000 Rilo loco inländischer 123 — 130 M. — Winterweizen geschäftslos, per 1000 Rilo loco ohne Haß bei Reimarbeit 71 M. Br., per Juni 70 M. Br., per September-Oktober 60,5 M. Br. — Spiritus milder, per 1000 Liter ohne Haß loco 57,4 M. bez., per Juni und Juni-Juli 57,2 — 57 M. bez., Br. u. Gd., per Juli-August 57,4 M. Br. u. Gd., per August-September 57,9 M. Br. und Gd., per September-Oktober 55,3 M. Br. u. Gd. Angemeldet: 1900 Centner Weizen, 1000 Centner Roggen, 20,000 Liter Spiritus. Regulirungspreise: Weizen 193,5 Mark, Roggen 145 Mark, Rübsöl 70 Mark, Spiritus 57,1 Mark. — Petroleum loco 7,85 M. tr. bez., Regulirungspreis 7,85 M. tr. (Dfsee-Stg.)

Heute Morgen 4 Uhr ent schlief sanft nach kurzem, aber schwerem Leiden, versehen mit den h. Sterbesakramenten, meine innigst geliebte Frau **Gordula Leisfeld** im 37. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet Mittwoch, Nachmittags 4 Uhr, vom Berliner Thor aus statt.

Görsz, den 11. Juni 1883.

Der Chauffee-Auffseher **Leisfeld**.

i. Wind: W. Wetter: Ri

Die Berichte von Amerika und England lauteten
die anderen weniger. Der Einfluß dieser Ber-

Solo-Weizen still. Auf Termine kamen nur sehr schwache Umsätze zu Stande. Laufende Sicht wurde in Dedung etwas theurer bezahlt. Die anderen Sichten behaupteten sich trotz flauer Newyorker und Londoner Notirungen. Die Plattspekulation kaufte Einiges auf ungünstige fährussische Melbungen: im Gouvernement Cherson sollen Heuschrecken großen Schaden verursacht haben.

Rüböl per Sack in Dedung rege beachtet, wurde bis 1½ Mark theurer bezahlt, während Gerb-Lieferung gestrigen Stand kaum behauptete. Petroleum fest, aber sehr still.

(Ämtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 140—215 Mark nach Dual., gelbe Lieferungsqualität 188 Mark, feiner gelber — ab Bahn bezahlt, per diesen Monat 188—188,75 bez., per Juni-Juli

Fonds- und Aktien-Börse.

Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 125—180 nach
Qualität, schlesische mittel — M., Oberbrucher — M., geringer märk.
— M., märkische — ab Bahn bez.

guter schlesischer 132—137 bez., feiner 150—155 bez., russischer — M.,
per diesen Monat 132 nominell, per Juni = Juli 132 nominell, per
Juli-August 134 bezahlt, per September-Oktober 137 bez., per Oktober

Erbsen Rodwaare 170—220, Futterwaare 150—165 per 1000
Kiloogramm nach Qualität.

Trockene Kartoffelfärke per 100 Kilogramm brutto inkl.
Fod. Gefe. und vor dieser Monat — Mark per Duri.

sich aber bei dem Mangel aller spekulativen Thätigkeit nicht lange behaupten. Als aber später in deutschen Eisenbahnaktien sich größere

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert
 inkl. Sad per diesen Monat 20,65 bezahlt, per Juni-Juli 20,65
 bezahlt, per Juli - August 20,95 bezahlt, per September - Oktober
 21,30 bezahlt, per Oktober-Nov. — bezahlt, Gessindiat 4000 Str.

Rü 551 per 100 Kilogramm Loh mit Faß — M., ohne Faß — bezahlt, per diesen Monat 74,3—75,4 bez., per Juni-Juli — bez., per September — Oktober 60,2—60,1 bezahlt, per Oktober-November 60,4 M. (Beilindiat 1300 Rentner.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter pSt.
 Loko ohne Faß 57,8—57,6—57,8 bez., abgel. Anmeldungen — bezahlt,
 Loko mit Faß — mit leihweisen Gebinden bezahlt, ab Speicher

bezahlt, per September-Oktober 55,5—55,4—55,7 bez., per Oktober —, —
bez., per Oktober-Novbr. 54 bez., per November-Dezember 52,8—53,1 bez.
Gefündigt 90,000 Liter.

Tendenz gehandelt. Später schlossen sich Oberschlesische, Freiburger, Rechte Oder-Ufer und Mecklenburger an. Montanwerthe waren auch

12. Juni. Die Börse eröffnete in fester

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franken = 19

0 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden jüd. W.
Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling =

Der Privatdiskont 2½ pCt.

Wesfel-Sturfe.	Englänbifche Fonds.	Eifenbahn-Stamm.	Berlin-Dresd. St.g. 4	102,90 b ₃	Def. Mit. B. (Elbeth.) 5	88,70 b ₁ ①	Nordb. Banf	8 ₁	157,25
----------------	---------------------	------------------	-----------------------	-----------------------	--------------------------	------------------------	-------------	----------------	--------

Druck und Verlag von B. Deder & Co. (Emil Konec) in Wien